

Sitzungsniederschrift

9. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.106, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 28.08.2017	Sitzungsbeginn: 15:05 Uhr	Sitzungsende: 17:29 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Gossel, Arnold	CDU	
Mitglieder		
Akkermann, Hermann	SPD	Vertretung für Frau Julia Feldmann
Bargmann, Bodo	CDU	
Constant, Franz	LtB	Vertretung für Herrn Helmut Roß
Harms, Antje	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleen, Barbara	SPD	
Looden, Jan-Adolf	AfD	Vertretung für Herrn Holger Looden
Meyer, Alfred	SPD	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Siebels, Wiard	SPD	
Strömer, Wilhelm	FW	
Grundmandat		
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
Verwaltung		
Hanekamp, Nicole		Abteilungsleiterin Finanzwirtschaft, Protokollführerin (außer TOP 6 bis 8)
Kleen, Mareike		Protokollführerin (zu TOP 6 bis 8)
Saathoff, Irene		Amtsleiterin Zentrale Finanzverwal- tung

Weber, Harm-Uwe

Landrat

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Feldmann, Julia SPD

Looden, Holger AfD

Roß, Helmut Roß

TagesordnungÖffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 15.06.2017
5. Einwohnerfragestunde
6. Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2011
Vorlage: IX/2017/100
7. Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2011 einschließlich Stellungnahme der Verwaltung
Vorlage: IX/2017/101
8. Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2011
Vorlage: IX/2017/102
9. 2. Budgetbericht 2017
10. Erhöhung der Rückstellung für den Verlustausgleich 2016 der Ubbo-Emmius-Klinik gGmbH
Vorlage: IX/2017/188
11. Bildung einer Rückstellung für Aufwendungen der Zentralklinik im Haushaltsjahr 2016
Vorlage: IX/2017/189
12. Zusicherung des Verlustausgleiches der Ubbo-Emmius-Klinik gGmbH für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: IX/2017/190
13. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
14. Einwohnerfragestunde
15. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 **Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Gossel eröffnete um 15.05 Uhr die 9. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und die Vertreter der Presse.

TOP 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Gossel stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Akkermann nahm für die Abgeordnete Feldmann, Abgeordneter Jan-Adolf Looden nahm für den Abgeordneten Holger Looden und Abgeordneter Constant für den Abgeordneten Roß an der Sitzung teil.

TOP 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Da es keine Einwände gegen die Tagesordnung gab, wurde diese festgestellt.

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 15.06.2017**

Die Niederschrift über die 8. Sitzung des Finanzausschusses vom 15.06.2017 wurde einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 6 **Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2011**
Vorlage: IX/2017/100

Frau Hanekamp stellte anhand einer Präsentation (Anlage 1) den Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2011 vor.



Abgeordneter Strömer fragte, ob die nachträgliche Buchung der Rückstellung für den Verlustausgleich der Ubbo-Emmius-Klinik gGmbH für den Jahresabschluss 2011 haushaltstechnisch noch möglich gewesen sei.

Frau Hanekamp antwortete, dass die Rückstellung im Rahmen der Jahresabschlussbuchungen für das Jahr 2011 noch berücksichtigt werden konnte, da der Jahresabschluss erst in diesem Jahr fertiggestellt worden sei.

Landrat Weber erklärte, dass die im Rechenschaftsbericht geschilderte Vorgehensweise vom Rechnungsprüfungsamt gefordert und vom Ministerium abgesegnet worden sei.

Abgeordneter Strömer stellte fest, dass die Rückstellung auch in den folgenden Jahren noch nachträglich berücksichtigt werden müsse.

Frau Hanekamp teilte mit, dass die Rückstellung in den Jahresabschlüssen 2011 bis einschließlich 2016 gebucht worden sei.

Abgeordneter Looden erkundigte sich, ob es üblich sei, dass erst jetzt der Beschluss für den Jahresabschluss 2011 gefasst werde.

Frau Hanekamp sagte, dass die Beschlussfassung zum Jahresabschluss grundsätzlich im Folgejahr erfolgen muss. Die Einführung des neuen Haushaltsrechts zum 01.01.2010 habe sich wesentlich aufwendiger gestaltet, als anfangs gedacht. Es sei erstmalig die Erstellung einer Eröffnungsbilanz erforderlich gewesen. Diese Eröffnungsbilanz sei erst im Juni 2013 beschlossen worden. Erst nach dieser Beschlussfassung hätten die Jahresabschlussarbeiten vorangetrieben werden können. Ohne Eröffnungsbilanz sei beispielsweise eine Verarbeitung der Investitionen in der Anlagenbuchhaltung nicht möglich. Der Jahresabschluss 2012 sei in der letzten Woche fertiggestellt worden und befinde sich zurzeit in der Prüfung des Rechnungsprüfungsamtes. Mit einer Beschlussfassung sei noch in diesem Jahr zu rechnen.

Abgeordneter Siebels erkundigte sich nach dem Turnus für die zukünftigen Jahresabschlüsse.

Frau Hanekamp erklärte, dass in dem Jahr 2018 die Jahresabschlüsse 2013 und 2014 fertig erstellt werden sollen.

Abgeordnete Jeromin-Odewurtel bemängelte das um 8,9 Mio. € verschlechterte Jahresergebnis. In diesem Zusammenhang erinnerte sie die Kreistagskollegen an die wesentlichen Produkte und die darin genannten Ziele (ab Seite 44 im Rechenschaftsbericht). Diese Produkte seien politische Sache und sollten zielführend sein. Die für 2011 genannten Ziele seien zu diesem Zeitpunkt für sie nicht mehr nachvollziehbar.

Abgeordneter Jelken erkundigte sich, wie und wann der Konzernabschluss erstellt werden würde.

Frau Hanekamp teilte mit, dass der Gesamtabschluss erstmalig für das Jahr 2012 erstellt werden müsse. Der Auftrag sei an eine externe Firma vergeben worden. Der Abschluss solle nach Möglichkeit noch in diesem Jahr beschlossen werden.

Abgeordnete Jeromin-Odewurtel informierte, dass sie sich bei der Abstimmung enthalten werde.



1. Der mit Datum vom 02.05.2017 durch den Landrat festgestellte Jahresabschluss des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2011 wird beschlossen.
2. Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen in der Ergebnisrechnung in Höhe von insgesamt 7.562.170,65 € sowie die über- und außerplanmäßigen Auszahlungen in der Finanzrechnung (Investitionstätigkeit) in Höhe von insgesamt 1.324.018,18 € werden zur Kenntnis genommen und genehmigt.
3. Der im Jahresabschluss 2011 in der Ergebnisrechnung festgestellte Überschuss in Höhe von 282.756,78 € wird mit dem kameralen Sollfehlbetrag verrechnet.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1

➔ einstimmig beschlossen

TOP 7 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2011 einschließlich Stellungnahme der Verwaltung
Vorlage: IX/2017/101

Frau Saathoff erläuterte die Prüfungsbemerkungen 2011 einschließlich Stellungnahme der Verwaltung.

Abgeordneter Meyerholz erkundigte sich nach den unter der Bilanz stehenden Bürgschaften in Höhe von 20 Mio. €.

Die Bürgschaften seien alle durch den Kreistag beschlossen worden, so **Frau Saathoff**.

Frau Hanekamp verwies auf die Auflistung der Bürgschaften auf der Seite 65 im Rechenschaftsbericht.

Abgeordnete Jeromin-Odewurtel erkundigte sich nach der vom Rechnungsprüfungsamt geforderten Aktivierungsrichtlinie aus Textziffer 3.

Frau Saathoff führte zur Stellungnahme der Verwaltung aus. Bei den Mittelanmeldungen von der Zentralen Finanzverwaltung werde geprüft, ob es sich bei den geplanten Vorhaben um Investitionen oder Instandhaltungen handele.

Abgeordnete Jeromin-Odewurtel fragte nach möglichen Rückforderungen von Fördermitteln für verbürgte Darlehen, die im Prüfungsbericht unter Punkt 6.7 genannt wurden.

Landrat Weber teilte mit, dass hier seines Erachtens keine Fördermittel geflossen seien.

Abgeordneter Looden fragte, wo der Prüfungsbericht zu finden sei.

Frau Hanekamp verwies auf das Programm Session.

Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2011 einschließlich Stellungnahme der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

TOP 8 **Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2011**
Vorlage: IX/2017/102

Dem Landrat wird für die Haushaltsführung im Haushaltsjahr 2011 die Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
 ⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 9 **2. Budgetbericht 2017**

Abgeordneter Strömer bemängelte, dass der Budgetbericht mit dem Stand vom 30.06.2017 erst jetzt, fast zwei Monate nach Ende des zweiten Quartals, vorgelegt werde. Es bestehe für die Kreistagsabgeordneten keine Möglichkeit mehr, steuernd einzugreifen.

Frau Saathoff sagte, dass zunächst alle Buchungen für das zweite Quartal getätigt sein müssen, bevor der Budgetbericht durch die Ämter erstellt werde. Außerdem würden die Ämter umfangreiche Hochrechnungen zum Jahresende vornehmen und in den Sommerferien würden grundsätzlich keine Sitzungen stattfinden..

Landrat Weber wies darauf hin, dass eine Beeinflussung durch die Kreistagsabgeordneten, insbesondere im sozialen Bereich, schwierig sei.

Abgeordneter Siebels meinte, dass die Budgetberichte der Zentralen Finanzverwaltung sehr ausführlich gestaltet seien und auch zeitnah im Finanzausschuss vorgestellt würden.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel monierte, dass sie den Budgetbericht heute erst als Tischvorlage bekommen habe und es zeitlich schwierig sei, den kompletten Bericht dann noch vor der Sitzung durchzulesen. Sie würde sich freuen, wenn die Berichte zukünftig eher zur Verfügung gestellt würden.

Frau Saathoff gelobte Besserung und wies darauf hin, dass der Budgetbericht beim Amt für Bauordnung und Naturschutz versehentlich die Daten aus dem ersten Budgetbericht enthalte. In dem als Tischvorlage zur Verfügung gestellten Exemplar seien die korrekten Ausführungen zum Stichtag 30.06.2017 enthalten. Die richtige Version werde in dem Programm Session hinterlegt.

Frau Saathoff erläuterte ausführlich den zweiten Budgetbericht 2017 gemäß der Anlage 2.

Sie wies ergänzend darauf hin, dass sie heute vom Inneren Dienst erfahren habe, dass die Gemeinde Großefehn voraussichtlich eine Entschuldungshilfe des Landes in Höhe von 3,52 Mio. € statt bisher 3,45 Mio. € erhalte und der Landkreis sich dann mit 528.000 € (statt 520.000 €) beteilige. Es werde eine Beschlussvorlage für die nächste Sitzung des Kreistages gefertigt.

Für die Gemeinde Baltrum sei ebenfalls eine Entschuldungshilfe geplant. Nähere Informationen würden zu gegebener Zeit erfolgen.

Aufgrund des negativen Bürgerentscheides sei die Einlage bei der Trägergesellschaft Zentralklinikum in Höhe von 1 Mio. € nicht mehr werthaltig und müsse in diesem Jahr abgeschrieben werden.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel fragte nach, wer die Aufwendungen für das Zentralklinikum in Höhe von 4,4 Mio. € bezahle.

Landrat Weber antwortete, dass die Stadt Emden und der Landkreis Aurich diese Aufwendungen je zur Hälfte bezahlen würden. Die Abschreibung der Einlage in Höhe von 1 Mio. € sei in diesem Betrag bereits teilweise enthalten.

Abgeordneter Strömer erkundigte sich, wer die Aufträge erteilt habe und wem die Rechnungen vorliegen würden.

Landrat Weber antwortete, dass die Aufträge im Rahmen der Gründung der Zentralklinik durch die Trägergesellschaft im Einvernehmen mit der Stadt Emden und dem Landkreis Aurich erteilt worden seien.

Abgeordneter Strömer wollte wissen, ob hierfür ein Beschluss erforderlich gewesen sei.

Landrat Weber machte deutlich, dass die Planungen für die Zentralklinik mit großer Mehrheit beschlossen worden seien. Jetzt gelte es, die Rechnungen abzuwickeln.

Im Zusammenhang mit der Erläuterung des Budgetberichtes des Sozialamtes durch **Frau Saathoff** fragte **Abgeordneter Strömer**, ob die Mehraufwendungen für die Integrationshelfer bei der Eingliederungshilfe berücksichtigt seien.

Frau Saathoff sicherte eine Information im Protokoll zu.

Anmerkung:

Die Mehraufwendungen für die Integrationshelfer wurden erst in der Sitzung des Sozialausschusses am 15.08.2017 beraten und sind somit nicht in dem Budgetbericht des zweiten Quartals enthalten sein.

In dem Budgetbericht zum 30.09.2017 werden die erhöhten Aufwendungen entsprechend berücksichtigt.

Abgeordneter Strömer wollte wissen, ob es korrekt sei, dass die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (sog. „UMAS“) nach zwei Jahren in den Zuständigkeitsbereich des Jobcenters übergehen und für diese Aufwendungen dann keine Erstattung seitens des Landes erfolge.

Die Information werde im Protokoll ergänzt, so **Frau Saathoff**.

Anmerkung:

Dem Amt für Kinder, Jugend und Familie liegt eine Zusage zur 100%-igen Kostenübernahme für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge seitens des Landes vor. Es erfolgt eine nochmalige Nachfrage beim Sozialministerium, ob ein Rückzug aus der Finanzierung geplant ist. Über einen Wechsel in den Leistungsbezug des Jobcenters liegen keine Informationen vor.



Zusammenfassend führte **Frau Saathoff** aus, dass der Überschuss gemäß dem zweiten Budgetbericht bei ca. 4,3 Mio. € liege. Dieser Betrag werde evtl. um die Erstattung der Kosten für die Kindertagesstätten an die Gemeinden in Höhe von 1 Mio. € reduziert. Auf der anderen Seite sei eine Erhöhung des Überschusses um ca. 1,3 Mio. € wegen der Erstattung der flüchtlingsindizierten Unterkunftskosten (Teilhaushalt Jobcenter) möglich. Die weitere Entwicklung bleibe abzuwarten.

Der 2. Budgetbericht für das Haushaltsjahr 2017 wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 10 Erhöhung der Rückstellung für den Verlustausgleich 2016 der Ubbo-Emmius-Klinik gGmbH Vorlage: IX/2017/188

Frau Saathoff erläuterte die Beschlussvorlage. Für den Verlustausgleich der UEK gGmbH für das Wirtschaftsjahr 2016 werde die Rückstellung im Jahresabschluss 2016 des Landkreises um 3,9 Mio. € erhöht. 10 Mio. € habe der Landkreis Aurich bereits im Haushaltsjahr 2016 eingeplant und als Rückstellung gebucht.

Abgeordneter Strömer fragte, wie es sein könne, dass die Mittel überplanmäßig bereitgestellt werden sollen. Das Haushaltsjahr 2016 sei doch bereits abgeschlossen.

Frau Saathoff führte aus, dass bei Abweichungen zur Haushaltsplanung nur die Möglichkeit bestehe, eine Nachtragshaushaltssatzung zu beschließen oder über-/ außerplanmäßige Aufwendungen zu genehmigen. Der Jahresabschluss 2016 sei noch nicht fertiggestellt, sodass noch eine Berücksichtigung für das letzte Jahr erfolgen könne und seitens des Rechnungsprüfungsamtes auch gefordert werde (sh. Jahresabschluss 2011, Beschlussvorlage IX/2017/100). Da die Mittel im letzten Jahr nicht in ausreichender Höhe zur Verfügung stehen, müssten die 3,9 Mio. € überplanmäßig bereitgestellt werden. Die Deckung erfolge durch den Überschuss in der Ergebnisrechnung 2016.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel sagte, dass die Vorgehensweise für sie nicht zufriedenstellend sei. Es müsse für die UEK gGmbH einen Wirtschaftsplan mit entsprechenden Quartalsberichten geben. Es sei für sie nicht nachvollziehbar, dass der Verlust überraschend so hoch sei.

Landrat Weber erklärte, dass die Geschäftsführung den Verlust für das Wirtschaftsjahr 2016 mit dem Aufsichtsrat abgestimmt habe. Der hohe Verlust resultiere u.a. daraus, dass in der zweiten Jahreshälfte deutlich mehr Honorarärzte beschäftigt worden seien und erhöhte Rückstellungen für Urlaub und Überstunden (u.a. für Chefärzte) gebucht worden seien.

Zum jetzigen Zeitpunkt gehe er davon aus, dass für das Jahr 2017 ein Verlustausgleich in Höhe von 10 Mio. € ausreiche.

Abgeordnete Seelgen wünschte sich mehr Transparenz zur finanziellen Situation der UEK. Ihre Fraktion sei nicht im Aufsichtsrat vertreten und erhalte die Informationen nur über die Presse.



Landrat Weber wies darauf hin, dass der Jahresabschluss 2016 der UEK noch nicht beschlossen worden sei.

Abgeordneter Constant fragte, wie es zu der Fehleinschätzung bei den Honorarärzten gekommen sei und wer hierfür die Verantwortung trage. Fraglich sei außerdem, ob hierfür jemand in Regress genommen werden könne und warum so viele Honorarärzte beschäftigt würden.

Landrat Weber sagte, dass sich die Auffassung bei den Rentenversicherungsträgern dahingehend geändert habe, dass die Beschäftigung von Honorarärzten eine Tätigkeit im Angestelltenverhältnis darstelle. Diese Änderung betreffe das gesamte Bundesgebiet. Die Honorarärzte würden teilweise nur für ein paar Tage beschäftigt werden.

Abgeordneter Contant wollte außerdem wissen, wie viel Urlaub und wie viele Überstunden sich derzeit bei der UEK angesammelt haben und ob Urlaub ausgezahlt wurde. Er stellte darüber hinaus die Frage, ob sich die Nichtverlängerung der befristeten Arbeitsverträge auf den Krankenhausbetrieb auswirkt.

Landrat Weber machte deutlich, dass es sich heute nicht um eine Aufsichtsratssitzung der UEK handle und er die Fragen spontan nicht beantworten könne. Abgeordneter Constant könne ihm den Fragenkatalog aushändigen. Es erfolge dann eine Beantwortung durch die Verwaltung.

Anmerkung:

Abgeordneter Constant hat den Fragenkatalog an die Verwaltung ausgehändigt. Die Beantwortung wird direkt an Herrn Constant erfolgen.

Abgeordneter Meyerholz wies darauf hin, dass die Aufwendungen für die Honorarärzte bereits im letzten Jahr festgestanden hätten. Die Zahlen zum Verlust hätte man viel früher bekanntgeben können und auch müssen.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel erkundigte sich, ob die Nachzahlung der Versicherungsbeiträge für die Honorarärzte von den Ärzten zurückgefordert werde.

Landrat Weber verneinte die Frage der Abgeordneten Jeromin-Oldewurtel.

Der Verlust der UEK gGmbH 2016 in Höhe von rund 13,9 Mio. € wird in voller Höhe durch den Landkreis Aurich ausgeglichen.

Im Jahresabschluss 2016 wird hierfür eine zusätzliche Rückstellung in Höhe von rund 3,9 Mio. € eingebucht. Die erforderlichen Mittel werden überplanmäßig bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 2
 ➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 11 **Bildung einer Rückstellung für Aufwendungen der Zentralklinik im Haushaltsjahr 2016**
 Vorlage: IX/2017/189

Abgeordneter Strömer fragte, ob die 1,76 Mio. € von dem Verlust der UEK gGmbH in Höhe von 13,9 Mio. € abgezogen werden müssen und ob der Landkreis einen Beschluss für die Aufwendungen des Zentralklinikums hätte fassen müssen.

Frau Saathoff erläuterte, dass die Rechnungen für Aufwendungen des Zentralklinikums in Höhe von 1,76 Mio. € nicht in dem Verlust der UEK enthalten seien und somit auch nicht abgezogen werden dürfen.

Landrat Weber sagte, dass eine Vielzahl von Rechnungen (u.a. für die Personalauswahl) zunächst von der Klinik bezahlt worden seien und jetzt nach Abschluss des Projektes vom Landkreis zu zahlen seien.

Abgeordneter Strömer war der Meinung, dass ein Beschluss seitens des Kreisausschusses/Kreistages erforderlich gewesen sei.

Landrat Weber fasste zusammen, dass bei der Bezahlung durch die UEK der Verlust entsprechend höher gewesen sei und dieser wiederum vom Landkreis ausgeglichen worden wäre. Im Ergebnis bleibe die Belastung für den Landkreis identisch.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel fragte, ob die Trägergesellschaft nie ein eigenes Konto hatte. Für ein Aufsichtsgremium sei das kaum nachvollziehbar.

Landrat Weber sagte, dass der Beschluss zur Planung der Zentralklinik mit großer Mehrheit gefasst worden sei. Die Zentralklinik sei ein Projekt der Stadt Emden und des Landkreises Aurich gewesen. Die Trägergesellschaft existiere noch nicht so lange und habe somit auch bis zur Eintragung in das Handelsregister keine Rechnungen bezahlen können. Die vorliegenden Rechnungen seien zu begleichen.

Abgeordneter Constant teilte mit, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde. Kleine Fraktionen seien im Aufsichtsrat nicht vertreten. Im Verlauf des letzten Jahres sei von 8 Mio. € Verlust gesprochen worden, jetzt liege der Verlust bei 13,9 Mio. €. Insgesamt müsse die finanzielle Situation der UEK transparenter gestaltet werden, schließlich werde das Geld des Bürgers verwaltet.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel zeigte sich verärgert, dass die 4,4 Mio. € Aufwendungen für die Zentralklinik ohne einen Wirtschaftsplan ausgegeben worden sind. Sie forderte mehr Transparenz. Sie stellte in Frage, ob bei einer besseren Konzentrierung auf die UEK ein geringeres Defizit möglich gewesen wäre.

Landrat Weber sagte, dass bei dem Bau der Zentralklinik ein Teil der Kosten vom Land erstattet worden wäre. Der Landkreis müsse jetzt gemeinsam mit der Stadt Emden die Kosten tragen. Er würde zukünftig ein derartiges Projekt jederzeit wieder mit Kraft vorantreiben.

Abgeordnete Seelgen informierte, dass ihre Fraktion der Einrichtung der Trägergesellschaft nicht zugestimmt hätte und deshalb dem Beschluss jetzt ebenfalls nicht zustimmen würde.

Abgeordneter Looden fasste zusammen, dass der Bürger die Entscheidung gegen die Zentralklinik getroffen habe und jetzt die Angelegenheit abgewickelt werden müsse.

Abgeordneter Strömer teilte mit, dass er sich bei der Abstimmung enthalten werde.



Zum Ausgleich der Forderungen der UEK gGmbH aus der Rechnungsbegleichung für Aufwendungen des Zentralklinikums, wird im Jahresabschluss 2016 eine Rückstellung in Höhe von 1,76 Mio. € gebildet.

Die erforderlichen Mittel werden außerplanmäßig bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 2

➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 12 Zusicherung des Verlustausgleiches der Ubbo-Emmius-Klinik gGmbH für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: IX/2017/190

Landrat Weber erklärte, dass der Beschluss nur eine deklaratorische Bedeutung habe. Dem Wirtschaftsprüfer werde mit dem Beschluss die Erstellung des Jahresabschlusses erleichtert. Inhaltlich sei der Beschluss unkritisch.

Abgeordneter Meyerholz sagte, dass es die gleiche Situation wie in den Vorjahren sei, es habe sich doch nichts geändert.

Landrat Weber informierte, dass die Wirtschaftsprüfer im Aufsichtsrat eine Absicherung gefordert hätten.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel bat darum, zum 30.09.2017 einen Quartalsbericht zu erstellen, in dem ein Ausblick gegeben werde, ob die 10 Mio. € Verlustausgleich für 2017 ausreichen.

Landrat Weber teilte mit, dass zum heutigen Zeitpunkt davon ausgegangen werde, dass 10 Mio. € ausreichend seien. Zum Ende des dritten Quartals gebe es neue Zahlen.

Abgeordneter Strömer schlug vor, zwei Drittel des Haushaltsansatzes für den Verlustausgleich zu zahlen und ein Drittel für personalwirtschaftliche Maßnahmen zur Verfügung zu stellen. Durch den Ausstieg von älteren Mitarbeitern könnten junge Mitarbeiter übernommen werden. Er werde diesen Vorschlag schriftlich formulieren.

Landrat Weber meinte, dass diese Forderung für das aktuelle Jahr nicht umsetzbar sei.

Abgeordneter Jelken fragte, ob bei einem Verlust in Höhe von 9,5 Mio. € eine „freie Spitze“ von 0,5 Mio. € vorhanden sei. Die UEK habe in ihren Finanzplan schließlich 10 Mio. € eingeplant.

Frau Saathoff sagte, dass der Haushaltsansatz für den Verlustausgleich 2017 der UEK 10 Mio. € betrage. In dem Beschlussvorschlag stehe, dass ein Verlust bis zu 10 Mio. € durch den Landkreis ausgeglichen werde. Ein darüber hinausgehender Verlustausgleich sei ohne Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung bzw. einer überplanmäßigen Aufwendung nicht möglich. Beträge der Verlust weniger als 10 Mio. €, so werde auch nur der reduzierte Betrag ausgeglichen.



Abgeordneter Looden machte deutlich, dass bei Nichtgewährung des Verlustausgleiches die Insolvenz der UEK drohe.

Abgeordneter Constant erkundigte sich, ob bei dem Verlust in Höhe von 13,9 Mio. € alle Kosten berücksichtigt seien.

Landrat Weber sagte, dass der Verlust für das Wirtschaftsjahr 2016 mit 13,9 Mio. € feststehe. Eine weitere Erhöhung erfolge nicht.

Der Jahresverlust 2017 der UEK gGmbH wird in Höhe von bis zu 10 Mio. € durch den Landkreis Aurich ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 13 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Haushaltsgenehmigung 2017

Frau Saathoff verteilte die dem Protokoll als Anlage 3 beigefügte Haushaltsgenehmigung 2017.

Sitzungstermine Finanzausschuss

Frau Saathoff informierte, dass folgende Termine für die Sitzungen des Finanzausschusses im viertel Quartal vorgesehen seien: 17.10., 07.11., 28.11. und 12.12.2017. Die Sitzungen seien in erster Linie terminiert für die Beratung des Haushaltsplanes 2018. Ob tatsächlich alle Termine benötigt würden, könne zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beurteilt werden. Um den Zeitraum der vorläufigen Haushaltsführung zu reduzieren, sei geplant, die Haushaltssatzung nicht erst im März 2018 zu beschließen.

TOP 14 Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 15 Schließung der Sitzung

Vorsitzender Gossel schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer um 17.29 Uhr.

gez. Gossel
Vorsitzender

gez. Hanekamp
gez. Kleen
Protokollführerinnen